

WIRTSCHAFTLICHE LAGE



GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Dataport ist der Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und der Steuerverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie für den IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR (ITVSH).

Dataport hat seinen Unternehmenssitz in Altenholz (bei Kiel) und Niederlassungen in Hamburg, Kiel, Bremen, Rostock, Lüneburg, Magdeburg und Halle. Dataport unterhält zudem Bürostandorte in Hannover, Potsdam sowie in Berlin.

Die Krisen der letzten Jahre haben die Erkenntnis und das Bewusstsein geschärft, dass die öffentliche Verwaltung als stabilisierender Faktor von Wirtschaft und Gesellschaft gut aufgestellt sein muss, um auf Krisen und krisenhafte Phänomene schnell und stabilisierend zu reagieren. Die Gesellschaft altert, Fachkräfte fehlen, Krieg in Europa, Klimawandel und geopolitische Krisen erfordern eine Verwaltung, die auch unter diesen Rahmenbedingungen handlungs- und funktionsfähig ist. Die IT-Leistungen sind damit nicht nur

am Normalfall auszurichten, sondern auch an ihrem Potenzial für die Bewältigung unterschiedlicher Krisenphänomene. Die IT der Verwaltungen ist als Maßnahme der Prävention resilient zu gestalten. Die Corona-Krise hat belegt, dass die Resilienz einer Verwaltung auch von ihrem Digitalisierungsgrad abhängt. Digitalisierung ist also Teil der Lösung einer auf Resilienz ausgerichteten Strategie. Die Gewährleistung von IT-Sicherheit sowie von digitaler Souveränität sind wesentliche Elemente, mit deren Hilfe die Verletzlichkeit der IT und damit der öffentlichen Verwaltung insgesamt reduziert wird. Aufgrund der zunehmenden Bedrohungslagen, insbesondere an der Zahl der steigenden Cyberangriffe abzulesen, erfordert dies erhöhte Aufwände.

Dataport ist gemessen an diesen Anforderungen gut aufgestellt: Die Konsolidierung aller Rechenzentren auf zwei neue und zudem nach IT-Grundschutz zertifizierte Rechenzentren ist eine wichtige Grundlage. Dataport folgt damit den politischen Vorgaben des IT-Planungsrates, die IT-Sicherheit auf der Basis des nationalen Standards umfassend zu gewährleisten. Darüber hinaus erfüllen diese Rechenzentren bereits heute die Anforderungen an die vorgeschriebene Energieeffizienz.

Diese Infrastruktur wird nun im Rahmen des Programms Nordstern umfassend modernisiert und auf eine stärkere Cloudifizierung und Automatisierung ausgerichtet. Erste „Schnellboote“ dieser Modernisierung sind für einzelne große Anwendungen bereits in der Produktion. So läuft beispielsweise die Produktion der Infrastruktur für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bereits auf einer Containerstraße. Die Modernisierung führt zur Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Hand durch einen erhöhten Einsatz von Open-Source-Software im Rechenzentrum. Auch die Entwicklung des auf Open-Source-Software basierenden Webclients dPhoenix und seiner Module zählt auf die Gewährleistung der digitalen Souveränität ein.

Digitalisierung ist der prägende Entwicklungstrend für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft. Sie bewirkt Veränderungen in der Produktion von Leistungen der Kernverwaltung und sie bestimmt die Entwicklungsdynamik der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen entspricht nicht nur der Erwartungshaltung der Bevölkerung, sondern sie ist auch eine Maßnahme zur Bewältigung des demografischen Wandels. Weniger Menschen werden im gleichen Umfang wie bisher die Produktion von Verwal-

tungsleistungen zu erbringen haben. Eine besondere Rolle spielt die zunehmende Leistungsfähigkeit der Algorithmen als technologische Voraussetzung für die Automatisierung von Verwaltungsleistungen. In diesem Zusammenhang liegt ein besonderes Gewicht auf neuen Technologien wie KI und hier im Besonderen auf Large-Language-Modellen. Mit dem systematischen Aufbau der erforderlichen technischen und personellen Kompetenz hat Dataport die Voraussetzungen für einen eigenen KI-Hub geschaffen, aus dem heraus bereits eine Vielzahl an KI-Projekten für die öffentliche Verwaltung gestaltet worden ist.

Mit der Bereitstellung von knapp 500 Online-Diensten auf der von Dataport entwickelten und betriebenen OSI-Plattform (Online-Service-Infrastruktur) hat Dataport für den Norden die Umsetzungsphase des OZG abgeschlossen. Aktuell stehen das Roll-out der von Dataport erstellten und das Roll-in der von Dritten erstellten Online-Dienste, hier insbesondere der sogenannten Fokusleistungen, an. Mittlerweile sind über 2.100 Verwaltungsstellen von Dataport erfolgreich angebunden und in der Folge des „Einer-für-Alle“-Ansatzes (EfA) weitet sich die Geschäftstätigkeit von Dataport auf Ver-

waltungen außerhalb der Träger aus.

Diese Ausrichtung ist eingebettet in das vom Verwaltungsrat beschlossene strategische „Zielbild 2022-2026“, den strategischen Rahmen für die Unternehmensentwicklung.

Mit dem Auslaufen des Konjunkturprogramms 2023 sind die Bundesmittel für die Digitalisierung der Verwaltungen in den Ländern und Kommunen ausgelaufen. Diese und andere Förderprogramme wie der Digitalpakt Bildung haben für Dataport in den letzten Jahren zweistellige Wachstumsraten befördert. Für 2024 bremsen das Auslaufen dieser Mittel das Wachstum von Dataport auf ein Niveau von ca. fünf Prozent. Digitalisierung und Konsolidierung haben allerdings nicht an Bedeutung verloren. Dataport befindet sich weiterhin auf einem nachhaltigen Wachstumskurs.

ENTWICKLUNG DES UMFELDES

1. Konjunktur in der Zeitenwende

Die am Anfang des Jahres 2023 gestellten wirtschaftlichen Prognosen verweisen auf einen wachsenden Markt

der IT-Branche. Laut Bitkom zeigt sich die IT-Branche trotz schwieriger konjunktureller Bedingungen, geprägt von geopolitischen Krisen und Haushaltskürzungen, weiter auf Wachstumskurs (plus 2,2 Prozent auf 142,9 Milliarden Euro). Digitalisierung ist die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Die Informationstechnik ist dabei der wichtigste Wachstumstreiber. Die Handlungsfähigkeit des Staates, gezielter Einsatz und Nutzung von Daten sowie die digitale Souveränität bleiben laut Bitkom die zentralen Treiber für die weitere Digitalisierung. Die Umsätze mit Plattformen für die Entwicklung, das Testen und die Bereitstellung von Software wachsen überdurchschnittlich. Künstliche Intelligenz wird 2024 das Top-Thema bleiben. Die Umsätze werden um 4,4 Prozent auf 224,3 Milliarden Euro (2023: 3,8 Prozent, 203,4 Milliarden Euro) steigen.¹

Bis zum Jahresende soll die Beschäftigtenzahl in der IT-Branche auf 1,368 Millionen steigen. Allerdings fehlen weiterhin Spezialistinnen und Spezialisten.

¹ bitkom.org/Presse/Presseinformation/Digitalbranche-von-Krisen-unbeeindruckt

Entsprechend belegt der Bitkom, dass 149.000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt bleiben.²

Der Jahresabschluss 2023 steht im Zeichen einer finanzpolitischen Trendumkehr. Die Gesamtausgaben des Bundes und die Neuverschuldung sind 2023 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Laut Bundesministerium der Finanzen (BMF) markiert das Jahr 2023 eine Rückkehr „zu stabilen und tragfähigen Staatsfinanzen“. Anders als in den Vorjahren ist das Ausmaß der finanziellen Anstrengungen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie deutlich zurückgegangen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Ende 2023 zu den Voraussetzungen für Ausnahmen von der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse wirkt sich auf die Finanzierung von Digitalisierungsvorhaben aus. Die Unterstützung der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat hingegen wie im Vorjahr den Haushalt geprägt.

Im Januar 2024 lagen laut Aussage des BMF die Steuereinnahmen 2023 unter dem bislang geschätzten Wert. Das Ministerium wertete dies als Beleg für die schwache Konjunktur und mahnte Sparsamkeit an. Die Zeiten, in

denen sich im Bundeshaushalt immer wieder neue Spielräume auftäten, seien vorbei.³ Die finanziellen Spielräume von Bund, Ländern und Kommunen bleiben damit eng. Nach einer Prognose der Steuerschätzer wird der Staat im kommenden Jahr nur rund 1,9 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen. Insgesamt erwarten die Steuerschätzer für 2024 Einnahmen von 964,1 Milliarden Euro.⁴

Die wirtschaftliche Gesamtsituation würde, so das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), weiterhin durch den Angriffskrieg auf die Ukraine belastet. Das weltwirtschaftliche Umfeld sei labil, das Wachstum des Welthandels historisch niedrig, was für eine Exportnation wie Deutschland eine Herausforderung sei. Das BMWK konstatiert zudem, dass die größte Herausforderung für Deutschland der Arbeitskräftemangel sei. Er wird sich in den nächsten Jahren verschärfen und das wirtschaftliche Wachstum dämpfen. Dennoch, die Bundesregierung sei zuversichtlich, dass bei einer umfassenden und zielgerichteten Angebotspolitik die aktuelle Wirtschaftsschwäche überwunden und das Wachstumspotenzial erfolgreich vorangetrieben werden kann.

2. Digitale Souveränität des Staates und Resilienz der öffentlichen Verwaltung

Vor dem Hintergrund der skizzierten Krisen zeigt sich, dass der Druck auf die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung nicht nachlassen wird. Im Gegenteil! Es lassen sich aus der bisherigen Entwicklung mehrere Konstanten herauslesen: Die Bedeutung von digital souveränen IT-Dienstleistungen nimmt weiter zu, um im Rahmen der Strategie der digitalen Souveränität Abhängigkeiten von IT-Dienstleistungen aus Drittländern zu minimieren und um die Resilienz staatlicher Verwaltungsleistungen sicherzustellen. In einer Zeit zunehmender geopolitischer Krisen rückten Themen wie IT- und Cybersicherheit in den Fokus. In Spannungszeiten müssen die digitalen Verwaltungsleistungen beispielsweise gegen Cyberangriffe gut geschützt sein. Die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist ein stabilisierender Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt erst recht in Zeiten von Unsicherheiten.

Die Krisen der letzten Jahre haben die Erkenntnis und das Bewusstsein geschärft, dass die öffentliche Verwaltung als stabilisierender Faktor von Wirtschaft und Gesellschaft gut auf-

gestellt sein muss, um auf Krisen und krisenhafte Phänomene schnell und stabilisierend zu reagieren. Das wird auf Dauer nur gelingen, wenn die IT-Infrastrukturen und die darauf erbrachten Leistungen sicher, performant und skalierbar konfiguriert sind. Für eine resiliente Verwaltung sind die IT-Leistungen also nicht nur für den Normalfall, sondern an allfälligen Krisenphänomenen auszurichten und zu gestalten. Digital souveräne Dienstleistungen stellen sich demnach als Normalfall und nicht erst als spontane Reaktion auf eine „überraschende“ beispielsweise geopolitische „Umkehrung“ dar.

Deutlich wird dies bei der Betrachtung der Gefährdungslage durch Cyberkriminalität. Die Gefährdungslage hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschärft. Die beherrschenden Trends sind eine zunehmende Professionalisierung des Cybercrime, die Nutzung des Cyberraums für staatliche Aktivitäten, die zwischen Spionage und (verdeckter) Kriegsführung anzusiedeln sind, aber auch die Ergänzung regulärer Kriegsführung durch Cyberangriffe.

Die Schadenspotenziale sind neben wirtschaftlichen Schäden auch eine systematische Destabilisierung des demokratischen Lebens beispielsweise durch Fake News und die Diskreditierung von demokratischen Wahlen.

Die zunehmende Professionalisierung führt nicht nur zu ausgeklügelteren Angriffen als bisher, sondern auch zu einer immer rascheren Abfolge dieser. Die Abhängigkeit der öffentlichen Verwaltung von einer funktionsfähigen IT unterstreicht die Bedeutung einer wirkungsvollen Prävention und einer Resilienz der Systeme. Der aktuelle Fall der von Russland geleakten Videokonferenz über die mögliche Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern in die Ukraine aus dem Februar 2024 unterstreicht die Bedeutung des Vorhandenseins und der ordnungsgemäßen Nutzung digital souveräner Lösungen.

Die Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges führt zu zunehmenden Angriffen auf Regierungs- und Wirtschaftseinrich-

tungen. Dataport hat sich auf diese Lage mit einer Verstärkung seiner Fähigkeiten zur Lagebeobachtung, der Systemüberwachung und der Reaktionsfähigkeit auf Angriffe im Rahmen seines Security Operations Centers (SOC) eingestellt.

Dataport erwartet, dass die öffentliche Hand weiterhin in ihre Digitalisierung investieren wird. Dataport ist mit seiner Akzentuierung auf die Aufgabe, die digitale Souveränität des Staates zu schützen und die Resilienz der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen, gut aufgestellt. Mit seinem BSI⁵-zertifizierten und energieeffizienten Rechenzentrum, der Einrichtung eines SOC (Security Operations Center) sowie der Akzentuierung von Open Source sind wichtige Voraussetzungen geschaffen worden, eine funktionsfähige und krisenfeste IT für die öffentliche Verwaltung im Norden zur Verfügung zu stellen. Die Dynamik der Entwicklung erfordert allerdings auch noch weitere Anstrengungen.

² bitkom.org/Presse/Presseinformation/Rekord-Fachkraeftemangel-Deutschland-IT-Jobs-unbesetzt

³ bitkom.org/Presse/Presseinformation/Rekord-Fachkraeftemangel-Deutschland-IT-Jobs-unbesetzt

⁴ bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/165-steuerschaetzung-2233082

⁵ Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik

In Umsetzung der im „Zielbild 2022-2026“ beschriebenen Hybrid-Strategie verhandelt Dataport mit Software-Lieferanten, die perspektivisch ihre Leistungen nur noch aus einer vom europäischen Ausland dominierten Cloud anbieten wollen. Dataport bemüht sich um einen verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen, um damit die Abhängigkeit von nichteuropäischen Anbietern zu reduzieren und die eigene Verhandlungsmacht zu stärken. Über 40 Prozent der Rechenzentrums-Infrastrukturen laufen bereits auf einem Open-Source-Betriebssystem. dPhoenix als Werkstatt, aus der eine Lösung für einen Open-Source-Arbeitsplatz bereitgestellt wird, ist ein weiteres Ergebnis dieser Bemühungen. Das vollständige Stack mit allen Komponenten wie Videokonferenz, E-Mail und Office-Produkten ist in der Version 3.0 einsatzfähig. Nur so können die Erwartungen an eine souveräne Datenhaltung und -verwaltung erfüllt werden.

Darüber hinaus beteiligt sich Dataport an den Aktivitäten zum Aufbau einer Deutschen Verwaltungscloud. Mit der Deutschen Verwaltungscloud wird ein neuer digitaler Marktplatz für die Behörden von Bund, Ländern und Kommunen aufgebaut, auf dem sie Cloud-Services von den IT-Dienstleistern der öffentlichen Verwaltung schnell, sicher

und souverän beziehen können. Perspektivisch sollen auf diesem Marktplatz alle IT-Lösungen, die die Verwaltung benötigt, als Cloud-Services angeboten und verwaltet werden.

Zusätzlich ist die Deutsche Verwaltungscloud nicht nur als Marktplatz für Cloud-Services konzipiert, sondern als ein neues Zusammenarbeitsmodell für die öffentliche Verwaltung. Dafür wird ein rechtlicher, organisatorischer und technischer Rahmen geschaffen, auf dessen Basis IT-Dienstleistungen gemeinsam standardisiert entwickelt, betrieben und allen Behörden zur Nachnutzung zur Verfügung gestellt werden können. Die Deutsche Verwaltungscloud stärkt damit das „Einer-für-Alle“-Prinzip (EfA-Prinzip). Dataport ist Treiber des Ökosystems Deutsche Verwaltungscloud und schafft gemeinsam mit Partnern Mehrwerte für die Verwaltung auf Basis von Standards.

Ergänzend engagiert sich Dataport in der Gaia-X-Initiative. Ziel von Gaia-X ist die Schaffung einer sicheren und vernetzten europäischen Dateninfrastruktur.

3. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Digitale Infrastrukturen gehören zur Daseinsvorsorge und sind eine wichtige Gestaltungsaufgabe der Politik. Digitale Daseinsvorsorge bedeutet, sich unter dem Vorzeichen der digitalen Souveränität mit der Frage zu befassen, welche Infrastrukturen und digitalen Dienste so wichtig sind, dass sie nicht allein privaten Unternehmen überlassen werden, sondern in öffentlicher Verantwortung verbleiben müssen. Die Erfahrungen mit politischen und wirtschaftlichen Krisen zeigen, dass der Staat in allen Handlungsfeldern stärker als bisher Vorsorge treffen und Möglichkeiten zum Eingreifen und zur besseren Steuerung schaffen muss. Das gilt insbesondere für die Felder der öffentlichen Ordnung einschließlich des Katastrophenschutzes, aber auch für das Gesundheitswesen oder den Bildungsbereich. Gezeigt hat sich, dass es auch bei der Digitalisierung von Staat und Verwaltung notwendig ist, leistungsfähige Infrastrukturen weiter auszubauen, die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen und die Möglichkeit zur Nutzung von Daten als Grundlage für politische Entscheidungen schneller als bisher voranzutreiben.

Dataport beteiligt sich an der Umsetzung der Strategie der digitalen Souveränität, stellt für seine Träger sichere IT-Infrastrukturen zur Verfügung und treibt den digitalen Wandel durch die Entwicklung innovativer Services weiter voran. Dazu gehört der Betrieb leistungsfähiger Datennetze, über die ein schneller und sicherer Datenaustausch erfolgen kann. In BSI-zertifizierten, georedundanten Rechenzentren betreibt Dataport rund 1.000 Fachverfahren der Verwaltungen. Hard- und Software werden für die Träger durch die Abnahme großer Stückzahlen und langfristige Rahmenverträge zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt.

Die Corona-Krise hat belegt, dass die Resilienz einer Verwaltung von ihrem Digitalisierungsgrad abhängt. Mobile Arbeitsplätze, VPN und eAkte etc. haben die Arbeits- und Leistungsfähigkeit unabhängig von der „Fläche“, das heißt den Räumlichkeiten einer Dienststelle, gesichert. Die Pandemie ist vorbei, der Bedarf an mobilen Lösungen ist aufgrund von Homeoffice und mobilem Arbeiten weiterhin hoch.

Eine entscheidende Rolle dafür spielt dabei das EfA-Prinzip. Im Februar 2024 sind 114 von 122 EfA-Online-Diensten produktiv. Damit liegt der Umsetzungsgrad bei 93 Prozent.

Der Bereitstellung der Online-Dienste folgt ihre Implementierung und Anbindung an die Fachverfahren, damit sie auch tatsächlich genutzt werden können. Diese Anbindungen sind angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Fachverfahren in jeweils anderen Betriebsumgebungen herausfordernd, aber mit einem gewissen Aufwand und viel Erfahrung zu leisten. Dataport hat mittlerweile über 2.100 Verwaltungen an Online-Dienste angebunden (Stand 2/2024). Über 1.300 weitere Anbindungen waren zu diesem Zeitpunkt in Bearbeitung. Auch die Nutzung der OSI-Plattform steigt. Ende Februar waren 1,4 Mio. Servicekonten (2023: 1,06 Mio.) auf der Plattform eingerichtet und es sind knapp 640 Tsd. Aufrufe der Plattform verzeichnet worden. Die Anzahl der Besuche auf den OSI-Serviceportalen ist über die letzten zwölf Monate um 62 Prozent gestiegen.

Ungeachtet der Differenzen zwischen Bund und Ländern zum OZG-Gesetz 2.0, dem der Bundesrat erst im Juni 2024 zugestimmt hat, und auch ungeachtet der Auseinandersetzung um die Finanzierung der weiteren Digitalisierung, haben die Träger mit Unterstützung von Dataport die Umsetzung des OZG forciert und geliefert. Maßgeblicher Faktor ist die Zahl der erfolgreichen Anbindungen von On-

line-Diensten und deren Nutzung im Verhältnis zu den analogen Diensten.

Nach den digitalen Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen geht es nun um die Automatisierung von Verwaltungsvorgängen, durchgängige digitale Prozesse, die Nutzung der Registerdaten und eine weiterhin erfolgreiche Umsetzung des EfA-Prinzips. Mit der OZG-Cloud, Modul-F und KI-Technologien wie Software-Robotern hat Dataport die Online-Service-Infrastruktur (OSI) zu einer Plattform für Verwaltungsdigitalisierung ausgebaut.

Darüber hinaus werden durch die anhaltende digitale Transformation und im Sinne der digitalen Daseinsvorsorge zusätzliche Angebote in den Bereichen Gesundheit, Kultur und Bildung entwickelt. Auch Steuer, Justiz, Polizei oder Feuerwehr werden mit innovativen digitalen Angeboten unterstützt.

Die Entwicklung innovativer Online-Dienste wird auch in Zukunft ein wichtiges Tätigkeitsfeld bleiben. Die Nachfrage nach vollständig digitalisierten Verwaltungsleistungen, bei denen Nutzerorientierung und automatisierter Datenaustausch im Vordergrund stehen, wird schon wegen der demografischen Entwicklung und der damit

verbundenen abnehmenden Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen. Dies wird absehbar weitere Effizienzgewinne durch Automatisierung notwendig machen. Hier werden vor allem auch die durch die noch umzusetzende Registermodernisierung geschaffenen Möglichkeiten sichtbar werden. Daneben werden klassische Tätigkeitsfelder wie die IT-Konsolidierung weiterhin bestehen bleiben, weil auch dadurch Effizienzgewinne erzielt werden können.

Der Grundgedanke der föderalen IT-Zusammenarbeit strahlt mittlerweile auch über die Trägerländer hinaus, weil durch länderübergreifende Zusammenarbeit Effizienzgewinne erzielt werden können. Dataport betreibt beispielsweise für Niedersachsen, Brandenburg und Thüringen die dBildungscloud. Dataport ist zudem in das Programm Polizei 2020 eingebunden, ein Programm zur Betriebskonsolidierung der polizeilichen Vorgangsteuerungsverfahren. Mit der Lösung @rtus wird Dataport eines von drei der künftig im Bundesgebiet eingesetzten Vorgangsbearbeitungssystemen betreiben. Dataport betreibt bereits heute für sechs Länder Steuerfachverfahren. Mit der Cloudifizierung seines Rechenzentrums ist Dataport auch für den Betrieb zukünftig noch zu modernisierender steuerfachlicher Verfahren vorbereitet.

Als Mehrländereinrichtung ist Dataport aufgrund seiner Kooperationserfahrungen für die Umsetzung des EfA-Prinzips oder abgeschwächter „Wenige für Mehrere“ sehr gut aufgestellt. Die Beteiligung und Unterstützung der Genossenschaft der IT-Dienstleister govdigital ist Beleg, dass Dataport auch zukünftig bereit ist, die Erfüllung wichtiger IT-Dienstleistungen in dieser Arbeitsteilung auch bundesweit zu erledigen. Das Engagement für den Open-Source-Client dPhoenix oder in der Umsetzung der Deutsche-Verwaltungscloud-Strategie sind Ausdruck dieser Bereitschaft zur Übernahme auch bundesweiter Aufgaben.

Dataport verfügt mit seinem Data Center Steuern, dem Data Center Justiz und dem Data Center Polizei im BSI-zertifizierten Rechenzentrum über die Voraussetzungen, die weitere IT-Konsolidierung der zentralen Fachverwaltungen im Hoheitsbereich der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen. Im Data Center Steuern rechnet Dataport für sechs Länder, im Data Center Justiz und im Data Center Polizei für jeweils vier. Die erreichten Erfolge haben das Interesse weiterer Länder verstärkt. Das Programm Polizei 2020 wird diese Entwicklung zur Konsolidierung nachhaltig unterstützen.

Dataport verknüpft die Bereitstellung von IT mit einer ganzheitlichen Perspektive der Unterstützung für erfolgreiches Arbeiten im Unternehmen: die richtige Fläche, moderne IT-Dienstleistungen und ein gutes Arbeitsklima. Um das Richtige zur richtigen Zeit und in der richtigen Mischung anbieten zu können, erhebt und misst Dataport systematisch die erforderlichen Informationen bei seinen Beschäftigten, um die Rahmenbedingungen nachjustieren zu können. Dataport hat sich auch für seine eigene Entwicklung Data Inspired Dataport auf die Fahnen geschrieben.

Neben der digitalen Souveränität oder dem bundesweiten Roll-Out der EfA-Online-Dienste haben Themen wie Big Data Analytics, Machine Learning und Künstliche Intelligenz an Bedeutung gewonnen. Sie zahlen auf die Notwendigkeit der Automatisierung von Verwaltungsleistungen und eine von Daten getriebene Verwaltung (Data Driven Government) ein.

Dataport hat im Jahr 2021 einen Hub für Datennutzung und künstliche Intelligenz (data[port]ai) aufgebaut. Eine Plattform, auf der datengetriebene Lösungen und KI-Lösungen für die Verwaltung entwickelt und betrieben werden können. Der Hub soll auch Unternehmen (insbesondere kleinen

und mittleren Unternehmen), Start-ups sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen aus der Region als offene Plattform für Innovation und Wertschöpfung durch KI zur Verfügung stehen.

Mit Projekten zur digitalen Daseinsvorsorge erweitert Dataport das Leistungsspektrum auf kommunaler Ebene. Dies wird auch am Beispiel der Unterstützung des Kommunalbereichs bei der Braunkohlekonversion in Sachsen-Anhalt deutlich.

Die Lage auf dem IT-Arbeitsmarkt verschärft sich durch den Fachkräftemangel weiterhin. Dataport rekrutiert gleichwohl erfolgreich. Der Aufwand dafür wächst jedoch und fordert von Dataport, seine Recruiting-Strategien kontinuierlich und systematisch an die sich verändernden Bedingungen anzupassen. Dataport kann mit interessanten Projekten, seinem New-Work-Konzept, einem guten Betriebsklima, Familienfreundlichkeit und seiner Ausrichtung am Public Value derzeit noch gut „punkten“ – allerdings wächst der dafür erforderliche Aufwand an Ressourcen.

GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt im Wesentlichen anhand der finanziellen Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, Jahresergebnis, Personalaufwand, Eigenkapital(-quote), Investitionsvolumen sowie Liquidität.

Die Geschäftsentwicklung von Dataport führte im Wirtschaftsjahr 2023 zu einer Umsatzsteigerung von 178,1 Millionen Euro oder 15,1 Prozent auf 1.360,5 Millionen Euro (2022: 1.182,4 Millionen Euro). Das Jahresergebnis 2023 liegt in Höhe von 11,6 Millionen Euro um 6,6 Millionen Euro unter dem Vorjahr (2022: 18,2 Millionen Euro).

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen sind im Wirtschaftsjahr 2023 um 115,2 Millionen Euro oder 12,7 Prozent auf 1.023,7 Millionen Euro (2022: 908,5 Millionen Euro) gestiegen. Insbesondere im Bereich Online-Dienste und -infrastruktur konnte ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum von 36,3 Millionen Euro erreicht werden. Die weiterhin hohen Digitalisierungsanforderungen der Kunden haben auch bei den Umsatzerlösen für das durchlaufende Handelsgeschäft für Wachstum gesorgt. In Summe stiegen

die Umsätze aus dem Handelsgeschäft gegenüber dem Vorjahr (2022: 273,9 Millionen Euro) um 62,9 Millionen Euro auf 336,8 Millionen Euro. Diese umfassen die Umsätze mit Handelswaren in Summe mit 188,2 Millionen Euro, die Umsätze mit durchlaufenden Fremdleistungen (137,4 Millionen Euro) sowie die Umsätze mit durchlaufenden Leistungen für Pflege und Wartung (11,2 Millionen Euro).

Die aktivierten Eigenleistungen wurden gegenüber dem Vorjahr um 6,0 Millionen Euro auf 22,9 Millionen Euro (2022: 16,9 Millionen Euro) erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 6,4 Millionen Euro um 2,0 Millionen Euro über dem Vorjahr (2022: 4,4 Millionen Euro). Entgegen dem Vorjahr konnte im Wirtschaftsjahr 2023 ein außerordentlicher Ertrag aus der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 3,8 Millionen Euro erzielt werden.

Der Aufwand für Material und bezogene Dienstleistungen stieg im Wirtschaftsjahr 2023 insgesamt um 108,2 Millionen Euro oder 15,7 Prozent auf 796,8 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr (2022: 688,6 Millionen Euro). Die deutliche Aufwandssteigerung lässt sich primär auf das zusätzliche Handelsgeschäft zurückführen und verursacht einen gegenüber dem Vorjahr um

Wirtschaftliche Lage

63,9 Millionen Euro höheren Aufwand. Zusätzlich wurden rund 22,6 Millionen mehr für die Beauftragung von Fremdleistungen aufgewendet, welche im Rahmen von Kundenaufträgen durch Erlöse finanziert sind. Außerdem sind die Aufwände für Softwarepflege und -miete um rund 17,2 Millionen Euro gestiegen.

Der Personalaufwand ist in 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 571 Millionen Euro oder 15,2 Prozent auf 431,8 Millionen Euro (2022: 374,7 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf die wachstumsbedingte Erweiterung der Personalkapazitäten (+ 11,2 Prozent) von durchschnittlich 4.196 Full Time Equivalents (FTE) in 2022 auf 4.668 FTE in 2023 zurückzuführen. Zusätzlich erhöhte die im Dezember 2023 in der Tarifeinigung beschlossene Inflationsausgleichsprämie den Aufwand um zusätzliche 9,8 Millionen Euro.

Die Abschreibungen liegen mit 80,3 Millionen Euro um 11,9 Millionen Euro oder 17 Prozent über dem Wert des Vorjahres (2022: 68,4 Millionen Euro). Die im Verlauf der vergangenen Jahre stark gestiegenen Investitionssummen führen zu einem entsprechend steigenden Aufwand für Abschreibungen. Gegenüber dem Vorjahr (2022: 119,9 Millionen Euro) steigt die Investitions-

summe im Wirtschaftsjahr 2023 um 17,2 Millionen Euro auf 136,8 Millionen Euro. Das Anlagevermögen, ohne Finanzanlagen, hat einen bilanzierten Wert in Höhe von 372,8 Millionen Euro (2022: 317,9 Millionen Euro).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Millionen Euro auf 56,6 Millionen Euro (2022: 47,5 Millionen Euro). Dieser Anstieg lässt sich zum einen auf das Personalwachstum (+ Ø 472 FTE in 2023) und die damit verbundenen Aufwendungen von Dataport zurückführen, zum anderen sind hier die Auswirkungen der weiterhin hohen Inflation des vergangenen Jahres spürbar. Im Vorjahresvergleich sind insbesondere die Aufwendungen für Aus- und Fortbildung (+1,5 Millionen Euro), die Reisekosten (+1,5 Millionen Euro) sowie der Aufwand für Gebäudebewirtschaftung (+1,3 Millionen Euro) und Strom, Wasser, Heizung (+1,2 Millionen Euro) deutlich gestiegen.

Die kurzfristigen, finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln und unter temporärer Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite erbracht werden. Zum Jahresende bestehen Betriebsmittelkredite in Höhe von 27 Millionen Euro. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt

79,9 Millionen Euro (2022: 139,8 Millionen Euro).

Das Anlagevermögen war zum 31.12.2023 zu 75,2 Prozent (2022: 80,5 Prozent) durch Eigenkapital und langfristige Pensions- und Beihilferückstellungen gedeckt. Die Finanzanlagen in Höhe von 112,5 Millionen Euro (2022: 99,0 Millionen Euro) bestehen nahezu ausschließlich aus den Rückdeckungsversicherungen. Das Umlaufvermögen beträgt 170,3 Millionen Euro (2022: 202,4 Millionen Euro). Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 50,2 Millionen Euro (2022: 46,9 Millionen Euro) betreffen im Wesentlichen Vorauszahlungen für Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge.

Die Eigenkapitalquote steigt auf 14,3 Prozent (2022: 13,4 Prozent). Aufgrund des deutlich positiven Jahresüberschusses ergibt sich trotz höherer Bilanzsumme eine Erhöhung der Eigenkapitalquote.

Die Rückstellungen steigen um 43,8 Millionen Euro auf 324,5 Millionen Euro (2022: 280,7 Millionen Euro). Zu dem Anstieg tragen im Wesentlichen die Erhöhung der Pensionsrückstellungen (+14,0 Millionen Euro), der sonstigen Rückstellungen (+15,5 Millionen Euro), der Steuerrückstellungen (+9,2

Millionen Euro), der Beihilferückstellung (+3,6 Millionen Euro) sowie der Rückstellungen für Überstunden und Urlaubsverpflichtungen (+1,5 Millionen Euro) bei.

Die Summe der Verbindlichkeiten ist im Berichtsjahr um 18,5 Millionen Euro auf 157,3 Millionen Euro (2022: 138,8 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung zurückzuführen. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr (2022: 92,5 Millionen Euro) um 23,4 Millionen Euro auf 115,9 Millionen Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr (2022: 37,0 Millionen Euro) um 3,1 Millionen Euro auf 33,9 Millionen Euro, was in der jährlichen Tilgung des Investitionskredits für den Bau des digitalen Druck- und Kuvertierzentrums (Stand 31.12.2023: 6,9 Millionen Euro) sowie des Betriebsmittelkredits (Stand 31.12.2023: 27,0 Millionen Euro) begründet ist.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten liegen um 34,4 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert bei 122,7 Millionen Euro (2022: 157,1 Millionen Euro). Diese beinhalten zum einen kundenfinanzierte Investitionen, vor allem in den Produkten des Standardersatzbedarfs in der Endgerätebetreuung und für

den Netzausbau. Zum anderen wurden durch die Kunden Projekte und Entwicklungsaufträge vorfinanziert, deren Leistungen von Dataport im Wesentlichen im kommenden Wirtschaftsjahr zu erbringen sind.

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2023 ist als stabil zu beurteilen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich insbesondere aus der Personalleistungsstatistik. Im Geschäftsjahr 2023 liegt der Anteil der Leistungen für Kundenaufträge und marktorientierte Projekte der internen Mitarbeiter bei 71,0 Prozent (2022: 69,5 Prozent). Die sonstigen Zeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung und allgemeine Administration) liegen entsprechend bei 29,0 Prozent (2022: 30,5 Prozent).

AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN

Dataport hat sich erfolgreich als öffentlicher IT-Dienstleister für die Verwaltung etabliert und wird diese auch zukünftig erfolgreich mit hochwertigen und wirtschaftlichen IT-Dienstleistungen unterstützen. Mit der im „Dataport-Zielbild 2022-2026“ formulierten Vision

und den umfangreichen Zielvorgaben hat Dataport einen Rahmen für die Entwicklung:

„Dataport ist ein öffentliches Unternehmen aus dem Norden, das sich agil in seinen internen und externen Strukturen und Prozessen auf wachsende Bedarfe der Kundinnen und Kunden ausrichtet. Dataport erbringt in Benchmarks erfolgreiche IT-Services von Beratung, über Entwicklung bis zum Betrieb als Fullservice-Provider nach den Kriterien Qualität, Sicherheit, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit. Dataport unterstützt als föderaler Kooperations-Nukleus, Konsolidierungs- und Innovationstreiber die Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Dataport steht mit seinem Markenkern für ‚Public Value‘ und sichert die digitale Souveränität des Staates.“

Die Umsetzung des Zielbildes unterliegt einem laufenden internen Controlling. Dem Verwaltungsrat wird jährlich über die Umsetzung des Zielbildes berichtet. In der Gesamtbetrachtung sind bis Ende 2023 von den 182 seit 2022 aufgesetzten Maßnahmen 163 abgeschlossen. Dies entspricht einer Quote von 89,6 Prozent.

Die Entwicklung von Dataport wird von den nachfolgenden Chancen und

Risiken beeinflusst. Dataport managt die Risiken im Rahmen eines strategischen Risikomanagements. Das Risikomanagement erfolgt in Verbindung mit dem Management von Chancen und Zielen. Im Rahmen des Risikomanagements identifizieren Bereichs- und Stabsstellenleitungen die strategischen Risiken der Bereiche anhand eines standardisierten Verfahrens. Es wird zwischen Kundenrisiken, Finanzrisiken, Personalrisiken, Prozessrisiken, Technologierisiken und generellen Risiken unterschieden. Die Risikobearbeitung durchläuft vier Phasen: Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung und Maßnahmenphase.

1. Ausblick und Chancen

In den kommenden Jahren sind folgende Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung von Dataport prägend:

- Nach der Bereitstellung von Online-Diensten folgen das Roll-out (EfA-Leistungen der Träger anderen Ländern bereitstellen) und Roll-in (EfA-Leistungen anderer Länder für die Träger bereitstellen) von Online-Diensten nach dem EfA-Prinzip überwiegend bundesweit.

- Auf die Produktivsetzung von Online-Diensten folgen das Roll-out und Roll-in in der Fläche sowie eine durchgehende Digitalisierung von Back-Office-Verfahren und Online-Diensten.

- Die Digitalisierung der Verwaltung wird mit der Registermodernisierung im Sinne eines One-Stop-Government fortgesetzt („vorausgefüllte Formulare“).

- Der demografische Wandel macht die Automatisierung von Verwaltungsleistungen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung zwingend erforderlich. Dies wird auch mit Rechtsänderungen verbunden sein.

- Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Kommunen, Ländern und Bund wird eine weitere Konsolidierung der IT und die damit verbundenen Anfangsinvestitionen auf allen Ebenen erzwingen.

- Die Nachfrage nach Angeboten zur Unterstützung einer datengestützten Verwaltung wird steigen.

- Der Bedarf und Einsatz von Anwendungen der Künstlichen Intelligenz in der Verwaltung wird weiter steigen. Mit dem erreichten Ausbau und der Leistungsfähigkeit von data[port] ist Dataport sehr gut positioniert.

- Aus dem mobilen Arbeiten wird New Work: Dies erfordert einen Ausbau der technischen Infrastrukturen, die Bereitstellung von Webanwendungen und Investitionen in Aufbau und Ausstattung von geeigneten Kommunikationsflächen für hybride Veranstaltungen in Präsenz und Online. Der Bedarf an reinen Büroflächen wird sich reduzieren.

- Die Nachfrage nach IT-Dienstleistungen, die angesichts der geopolitischen Lage die Resilienz der öffentlichen Verwaltung gewährleisten und die digitale Souveränität des Staates schützen, wird ansteigen.

- Mit der Cloudifizierung seines Rechenzentrums („RZ 4.0“) und der Modernisierung des Netzes im Rahmen des Programms „Nordstern“ schafft Dataport die Voraussetzungen für digital souveräne Services für die öffentliche Verwaltung aus seinem cloudifizierten Rechenzentrum.

- Mit dem Angebot des Webclients dPhoenixSuite und seiner Module verfügt Dataport über ein Alleinstellungsmerkmal für den Bereich der öffentlichen Verwaltung. Die zunehmende Bedeutung der digitalen Souveränität des Staates verstärkt die Nachfrage auch außerhalb des Trägerverbundes.

- Mit seinem Data-Center-Konzept aus seinem IT-grundschutzzertifizierten Rechenzentrum für die hoheitlichen Fachdomänen insbesondere von Steuer, Polizei und Justiz leistet Dataport einen wichtigen Beitrag zur föderalen IT-Kooperation und zur IT-Konsolidierung, die eine Anziehungskraft auf weitere Kunden innerhalb und außerhalb des Trägerbereiches ausübt.

- Mit seinem Engagement für die Deutsche Verwaltungscloud und seiner Mitwirkung in der Genossenschaft govdigital eröffnet sich Dataport im Interesse seiner Kunden Zugänge zu Lösungen anderer öffentlicher IT-Dienstleister. Aber auch die Platzierung der für den Norden erbrachten Dienstleistungen für andere Mitglieder der Genossenschaft als operativen Beitrag der föderalen IT-Kooperation.

- Die Digitalisierung der Schulen erfordert nach Auslaufen des Digitalpaktes Mittel für Support und Betrieb der mittlerweile aufgebauten IT-Infrastruktur.

2. Risiken

2.1 Generelle Risiken

- Der Ukraine-Krieg hat die Bedeutung von Resilienz und Krisenvorsorge in

den Vordergrund gerückt. Als Betreiber kritischer Infrastruktur ist Dataport in besonderer Weise gefordert. Die jahrelange Erfahrung mit der Umsetzung von IT-Grundschutz sowie der seit Jahren betriebene Aufbau des SOC (Security Operations Center) zahlen auf die Anforderung ein, vermehrten und aggressiveren Cyberangriffen zu begegnen und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung absichern zu können. Die Notwendigkeit erhöhter Resilienz und Krisenvorsorge hat den Blick aber auch auf weitere Abhängigkeiten gerichtet, wie beispielsweise die Stromversorgung, Telekommunikation und Lieferketten, für die jeweils Vorsorge zu denken und zu organisieren ist. Während früher in den Szenarien lediglich dem Ausfall eines lokalen Rechenzentrums oder einer zufällig gekappten Stromleitung zu begegnen war, stehen heute umfassendere Szenarien wie Blackout und gezielte Angriffe auf Knoten der Infrastrukturen im Mittelpunkt. Dataport versteht sich als ein Element einer gesamtgesellschaftlichen Risikovorsorge und richtet sich auf derartige Szenarien ein.

- Eine weitere Zunahme der geopolitischen Risiken und eine erneut anwachsende Verspannung der transatlantischen Beziehungen können die Nachfrage nach und Investitionen in

digital souveräne Systeme für die Verwaltung in Deutschland und Europa sprunghaft ansteigen lassen. Mit dem durch die Entwicklung von dPhoenix erreichten Innovationsvorsprung leistet Dataport einen wichtigen Beitrag. Die IT-Sicherheit und die Fähigkeit zur Bedienung großer Stückzahlen sind ein Alleinstellungsmerkmal der Dataport-Lösung. Im Zuge der Umsetzung der Strategie der digitalen Souveränität nutzt Dataport seit Jahren seine vertraglichen Möglichkeiten zur Nutzung externer Ressourcen (Cloud-Broker-Vertrag), stärkt aber auch seine eigenen Ressourcen und richtet sie verstärkt auf die Nutzung von unterstützten Open-Source-Lösungen aus.

Es ergeben sich betriebswirtschaftliche Risiken bei der Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen (dPhoenix, Netz 2025, RZ 4.0), wenn die erstellten Produkte oder Infrastrukturen nicht angenommen und genutzt werden. Dataport reagiert auf dieses Risiko mit einem laufenden und anlassbezogenen Controlling der kalkulierten Kosten- und Umsatzentwicklung. Die Business Cases werden mindestens jährlich überprüft bzw. angepasst. In den Quartalscontrolling-Gesprächen werden die Forecasts und die Ist-Entwicklungen überprüft.

- Aufgrund des Wachstums besteht die Herausforderung, die Qualität der zu erbringenden IT-Leistungen kontinuierlich zu verbessern, um den zunehmenden Erwartungen der Kunden gerecht zu werden. Dazu hat Dataport das im Jahr 2021 eingeführte System für Kunden- und Nutzerbefragungen über alle Produkte und Leistungen fortgeführt.

- Dataport ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Diese Entwicklung wird sich in den folgenden Jahren fortsetzen, allerdings angesichts der Haushaltslagen gebremst. Zur Bewältigung der damit verbundenen Wachstumsrisiken hat Dataport daher das Programm „Wachstum Managen“ aufgesetzt. In diesem Programm werden verschiedene Handlungsfelder bearbeitet. Einzelne Projekte sind bereits erfolgreich abgeschlossen worden. 2024 liegt neben der internen Digitalisierung das Hauptaugenmerk auf der Umsetzung einer stärker kunden- und geschäftsfeldorientierten Organisation sowie der Einführung einer durchgehenden Ende-zu-Ende-Produktorganisation.

- Nach gegenwärtiger Rechtslage endet zum 31. Dezember 2024 das Moratorium zum § 2b UStG. Damit ist für die weit überwiegende Anzahl der

Leistungen von Dataport ab dem 1. Januar 2025 eine Umsatzsteuerpflicht gegeben. Die Trägerländer haben hierzu unterschiedliche gesetzliche Regelungen erlassen, sodass ein entsprechender Aufwand aus der Umsetzung dieser Regelung entstehen wird.

- Zusätzliche Aufträge durch die Digitalisierung führen zu einem weiteren Personalwachstum bei Dataport. An allen Standorten wurden dafür vor der Pandemie zusätzliche Flächen oder Co-Working-Arbeitsplätze angemietet. Nach der pandemischen Erfahrung stabilisiert sich die Praxis des mobilen Arbeitens auf einem hohen Niveau. Um dies und hybride Arbeitsformen zu ermöglichen, aber auch gleichzeitig dem Bedarf nach sequenzieller Zusammenarbeit auf der Fläche zu decken, sind die unterstützenden Infrastrukturen und Lösungen fortlaufend anzupassen. Der Flächenbedarf pro Beschäftigten wird wegen der Ausweitung des mobilen Arbeitens abnehmen, aber der Bedarf an modernen Kommunikationsflächen wird zunehmen und der Steuerungsbedarf im Flächenmanagement steigen.

- Aufgrund der geopolitischen Lage sind die weltweiten Lieferketten gefährdet. Aktuell wird dies an der Gefährdung der Schifffahrtswege im Golf von

Aden und im Roten Meer durch kriegsrische Auseinandersetzungen deutlich. Dataport reagiert im Rahmen seiner Möglichkeiten auf diese Entwicklungen mit vertraglichen Absicherungen.

- Wie schon zu Beginn des Ukraine-Krieges besteht in Folge der kriegsrischen Auseinandersetzungen das Risiko eines weiteren Anstiegs der Energiekosten. Mittelfristig ist nicht auszuschließen, dass diese Entwicklung nicht mehr durch weitere Produktivitätssteigerungen zu kompensieren ist und sich in erhöhten Preisen niederschlagen muss.

2.2 Personalrisiken

Durch die demografische Entwicklung einerseits sowie den anziehenden IT-Arbeitsmarkt andererseits kommt es zu einem IT-Fachkräftemangel. Zur Risikominimierung wurde eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, wie zum Beispiel die Erweiterung des Ausbildungskonzeptes, Employer-Branding-Kampagne, Recruiting, Durchführung von Personalplanungs-Workshops und der Ausbau des Ausbildungsportfolios sowie von Hochschul-Kooperationen. Dataport erreicht in von unabhängigen Instituten durchgeführten Um-

fragen hervorragende Plätze unter den IT-Arbeitgebern in Deutschland. Der kununu-Score von Dataport lag 2022 bei 4,01 und konnte in 2023 auf 4,26 gesteigert werden. Damit liegt er höher als der der IT-Branche (3,97). Gutes Personal zu bekommen und zu halten, erfordert erhöhte Aufwendungen an Zeit und Geld. Die tarifpolitischen Eigenlogiken führen dazu, dass im Tarifsystem „der Bauch staucht“. Im Vergleich zur Privatwirtschaft wird die Übernahme von Führungsverantwortung sowie von fachlicher Exzellenz im Tarifsystem nicht ausreichend entlohnt, so dass dadurch strukturelle Risiken entstehen. Dataport hat auf diese Entwicklung auf der Basis des Tarifvertrages der Länder unter Berücksichtigung seiner strukturellen Besonderheiten reagiert. Hervorzuheben ist, dass erstmalig Rahmenbedingungen für eine individuell zu gestaltende zeitlich begrenzte Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit vereinbart worden sind, die bei einem betrieblichen Bedarf und auf freiwilliger Basis der Beschäftigten genutzt werden können.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Bestand des Unternehmens stabil ist. Dataport erfüllt seinen gesetzlichen Auftrag. Seit der Gründung konnten Synergien für die Träger erwirtschaftet werden.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die geplante mittelfristige Umsatzentwicklung sieht eine Steigerung von 2024 bis 2028 um 435,5 Millionen Euro auf eine Höhe von 1.850,3 Millionen Euro vor. Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit Umsatzerlösen von 1.414,8 Millionen Euro gerechnet.

Die erwarteten Jahresüberschüsse von 2024 bis zum Jahr 2028 kumulieren sich auf 21,1 Millionen Euro und werden voraussichtlich, in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bilanzsumme, zu einem relativ konstanten Verlauf der Eigenkapitalquote führen. Das geplante Unternehmensergebnis für 2024 beträgt 3,5 Millionen Euro.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 sieht für die Personalkapazität sowohl eine nachfrageindizierte als auch eine strategische Steigerung aufgrund der demografischen Entwicklung vor.

Der Investitionskredit für den Neubau des digitalen Druck- und Kuvertierzentrums in Altenholz, mit einem Volumen von 14 Millionen Euro, wurde planmäßig mit vierteljährlichen Tilgungsraten à 275 Tsd. Euro um 1,1 Millionen Euro teilgetilgt. Das Restkapital per Jahresende 2023 beträgt 6,9 Millionen Euro.

Die Schlussrate wird zum 30. März 2030 fällig.

Der Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 sieht ein Investitionsbudget in Höhe von rund 179,1 Millionen Euro vor. Um die potenziell kurzfristig entstehenden Liquiditätsbedarfsspitzen, die sich aus dem hohen Investitionsbedarf und der wachsenden operativen Geschäftstätigkeit ergeben, zu decken, wird für 2024 mit einer höheren Auslastung des Rahmens für Kontokorrent- und Betriebsmittelkredite (in Summe 80 Millionen Euro) geplant. Die Liquiditätslage kann als stabil bezeichnet werden.

PERSONAL

Personalkapazität* Anzahl

Vorstand	4
Beamtinnen/Beamte	263
Beschäftigte	4.684
Gesamt	4.951

*Anzahl der Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt

Personalaufwand EUR

Personalaufwand gesamt: **431.800.718**

Vorstandsgehälter:

Dr. Johann Bizer	356.573
Andreas Reichel	267.947
Torsten Koß	303.636
Silke Tessmann-Storch	252.433

BILANZ

Aktiva TEUR

Immaterielle Vermögensgegenstände	139.077
Sachanlagen	233.718
Finanzanlagen	112.475
Vorräte	3.053
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	117.313
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	49.894
Rechnungsabgrenzungsposten	50.191

Ergebnis Aktiva 705.721

Passiva TEUR

Gezeichnetes Kapital	51.000
Kapitalrücklagen	11.190
Satzungsmäßige Rücklage	27.378
Jahresüberschuss	11.632
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	191.789
Sonstige Rückstellungen	132.734
Verbindlichkeiten	157.273
Rechnungsabgrenzungsposten	122.725

Ergebnis Passiva 705.721

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

TEUR

Umsatzerlöse	1.360.505
Bestandsveränderung unfertiger Leistungen	1.029
andere Erträge	29.308
Zinserträge und Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	109

Erträge gesamt 1.390.951

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	117.412
Bezogene Leistungen	679.421
Personalaufwendungen	431.801
Abschreibungen	80.327
Zinsaufwendungen	5.460

Andere Aufwendungen **64.898**

Aufwendungen gesamt 1.379.319

Gesamtergebnis 11.632

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Reaktionsschnell und gleichzeitig verlässlich: Das hat die öffentliche Verwaltung in den multiplen Krisen der letzten Jahre unter Beweis gestellt, trotz mancher Kraftanstrengung. Deshalb ist es beruhigend zu wissen, mit Dataport einen starken Partner an der Seite zu haben, der die öffentliche Verwaltung zuverlässig begleitet.

Dabei ist es angesichts der aktuellen Bedrohungslage von besonderer Bedeutung, dass Dataport großen Wert auf Cybersicherheit und Datenschutz legt. Die Entwicklung robuster Sicherheitskonzepte und die Sensibilisierung unserer Mitarbeitenden sind zentrale Elemente, um dies zu gewährleisten.

Neben der Sicherheit muss weiterhin die Innovation im Fokus stehen, um die Verwaltung zukunftssicher und noch effizienter zu gestalten. Projekte im Bereich Künstliche Intelligenz, Cloud Computing und Smart Cities sind nur einige Beispiele, in denen ein verstärktes Engagement essenziell ist. Dabei gilt es stets auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen: Energieeffiziente IT-Systeme, ressourcenschonende Prozesse und Nachhaltigkeitsinitiativen sind Kernelemente einer nachhaltigen Digitalisierung.

Zur Nachhaltigkeit gehört auch die finanzielle Dimension. Trotz der vielschichtigen Herausforderungen konnte Dataport im Jahr 2023 finanzielle Stabilität bewahren. Effizienz, ein gutes Kostenmanagement und strategische Investitionen trugen dazu entscheidend bei.

Der Verwaltungsrat hat die Tätigkeit von Dataport regelmäßig überwacht und den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten. Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2023 in fünf Verwaltungsratssitzungen schriftlich und mündlich über die Lage und die Entwicklung von Dataport und über wesentliche Geschäftsvorgänge berichtet und mit dem Verwaltungsrat die strategische Ausrichtung von Dataport erarbeitet.

Nach Beauftragung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats sind der Jahresabschluss und der Lagebericht 2023 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben über den Jahresabschluss und den Lagebericht 2023 beraten. Einwendungen sind gegen das Prüfergebnis nicht erhoben

worden. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2023 einschließlich Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 28. Juni 2024 gebilligt und der Vorstand entlastet.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den vielen engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den zahlreichen Standorten von Dataport ganz ausdrücklich für die geleistete Arbeit.



Jan Pörksen
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

Jan Pörksen

Staatsrat und Chef der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg (Vorsitzender)

Dirk Schrödter

Minister und Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein (stellvertretender Vorsitzender)

Michael Richter

Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Martin Hagen

Staatsrat beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Sönke E. Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags

Ernst Hüdepohl

Ministerialdirigent beim Niedersächsischen Finanzministerium (Mitglied bis 30.6. 2024)

Götz Heilmann

Ministerialrat beim Niedersächsischen Finanzministerium (Mitglied seit 1.7. 2024)

Ina-Maria Ulbrich

Staatssekretärin im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung, Mecklenburg-Vorpommern

Folke Heise

Personalratsvorsitzende von Dataport



Impressum

Herausgeber

Dataport AöR
Altenholzer Str. 10-14
24161 Altenholz
Telefon 0431 3295-0
www.dataport.de
poststelle@dataport.de

Redaktion

Britta Heinrich (verantwortlich)
Dr. Katrin Viertel, Astrid Hansen

Layout

New Communication GmbH & Co. KG

Bildnachweise

Seite 26: boggy22, Seite 46: istockphoto/Morsa Images